

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim Sept./Okt. 2021, 31. Jahrg.

Sie wissen noch nicht, was Sie tun?

Wir helfen Ihnen: Entscheiden Sie sich zur Bundestagswahl am 26. September für DIE LINKE. Und warum?

Les Düsterwald



In dieser Ausgabe

- Kommunale Gesellschaften, eigenes Haus, Wohnungen fernab der Großstadt:** Betrifft uns im Barnim die Mietendiskussion? **2**
- LINKE vor Ort:** Wie gehts weiter mit dem AWO-Pflegeheim in Bernau? Im Sommer mussten Bewohner:innen eine Einrichtung wegen Personalnotstand verlassen. **3**
- Arm im Alter? Lieber nicht dran denken? Doch müssen wir:** Gut bezahlte Arbeit, Gleichbehandlung von Ost und West, armutsfeste Mindestrente. Geht das? **4**
- Überholen ohne Einzuholen?** Corona trifft Schüler:innen und Lehrer:innen schwer. Das wird nur besser, wenn alle am gleichen Strang ziehen: Bund, Land und Kommunen. **5**
- Arm und Reich - Da kann man nichts ändern? Doch kann man.** Mit CDU und FDP verstärkt sich die Kluft zwischen Arm und Reich. DIE LINKE würde für konsequente Entlastung bis zu den mittleren Einkommen sorgen, bestätigen anerkannte Wissenschaftler. **6**
- Andere Parteien fordern von der LINKEN Bekenntnisse. Kein Problem.** Sofortprogramm der LINKEN für einen Politikwechsel: DIE LINKE oder Lindner? Wer macht künftig Druck auf SPD und Grüne? **7**

OW Online:

immer mittwochs und sonntags
auf: www.dielinke-barnim.de
oder Facebook: [Facebook.com/dielinke.barnim](https://www.facebook.com/dielinke.barnim)



Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,
BIC: WELADED1GZE;
Verwendungszweck: Spende OW.
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

Die Personen hinter dem Programm:

Auf den folgenden Seiten finden Sie ihre Positionen zu den einzelnen Themen:

Links: **Isabelle Czok-Alm**, Kandidatin der LINKEN im Wahlkreis 57

Mitte: **Niels-Olaf Lüders**, Kandidatin der LINKEN im Wahlkreis 59

rechts: **Dagmar Enkelmann**, Mitglied der LINKEN im Wahlkreis 59



Foto: rc

Kommunale Gesellschaften, eigenes Haus, Wohnungen fernab der Großstadt: Betrifft uns im Barnim die Mietendiskussion?

Isabelle Czok-Alm, Bundestagskandidatin der LINKEN im nördlichen Barnim und
Niels-Olaf Lüders, Bundestagskandidat der LINKEN im südlichen Barnim:
Ja, der Druck aus Berlin lässt auch bei uns die Mieten steigen.

Man könnte im eigenen Bundesland etwas regeln, man müsste eigentlich bundesweit eine Lösung finden: Vom sozialen Wohnungsbau hat sich die Bundesregierung in den letzten Jahren verabschiedet. In den Bundesländern gibt es schwächelnde Programme. „Wohnen wird auch in vielen Gegenden Brandenburgs immer teurer“, weiß Isabelle Czok-Alm, Bundestagskandidatin der LINKEN, die in der lang gestreckten Gemeinde Wandlitz zu Hause ist, wo es schon allein zwischen Schönwalde und Klosterfelde große Unterschiede gibt. Und der Druck aus Berlin heraus wird immer größer. „Durch Zuzug und Immobilienspekulation steigen die Mieten längst nicht mehr nur im Speckgürtel. Damit aus dem Grundrecht auf Wohnen kein Luxus wird, müssen Bund und Land gegensteuern“, erklärt Czok-Alm.

Die Wohnraumförderung ist allerdings in Brandenburg im vergangenen

Jahr gekürzt worden. Auch die Mietpreisbegrenzungs- und eine Kappungsgrenzenverordnung wurden ab dem 1. Januar 2021 erstmalig nicht verlängert, dann doch – aber letztlich gelten sie nur noch in weniger Orten. So fielen Bernau, Werneuchen und Ahrensfelde heraus, werden Mietsteigerungen nicht mehr so stark begrenzt wie zuvor. Die LINKE im Brandenburger Landtag hat versucht dies zu verhindern, auch im August stellte sie wieder einen Antrag zur Wohnraumförderung – abgelehnt.

Hilft ein Mietendeckel? Im Rot-Rot-Grünen Berlin gab es den Versuch, der von Gerichten gekippt wurde. „Für mich hatte der Mietendeckel eine Vorreiterrolle“, bewertet Niels-Olaf Lüders. „Aber so eine Regelung muss es bundesweit geben, damit sie Sinn hat“, betont der Rechtsanwalt. Denn ansonsten passiert das, was wir im Barnim erleben: Mietinvestoren ziehen aus Berlin ins Umland, um vor

allem hochpreisige Wohnungen zu bauen. „Tatsächlich sorgte der Mietendeckel in der relativ kurzen Zeit seines Bestehens für eine deutliche Beruhigung des Wohnungsmarktes“, heißt es in einer Studie zu diesem Thema, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der LINKEN im Bundestag in Auftrag gegeben wurde. Inzwischen liegt in den Städten die Mietbelastung bei fast 30 Prozent des Haushaltseinkommens. „Das muss gestoppt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt: Einen Mietendeckel kann es nur bundesweit geben“, erklärt Niels-Olaf Lüders. „Mit der Studie der LINKEN wird zum ersten Mal ein handhabbares Konzept für die Umsetzung vorgelegt.“ Dafür ist ein linkes Bündnis nötig. „Deshalb ist Ihre Stimme für DIE LINKE am 26. September entscheidend“, hebt Isabelle Czok-Alm hervor. *jm*



Studie zum
bundesweiten Mietendeckel
auf: <https://www.dielinke-barnim.de/offene-woorte/lesecke>



oder direkt:

Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen.

Aufgrund der Corona-Pandemie können Termine kurzfristig abgesagt oder verschoben werden. Bitte informieren Sie sich vorab.

Kreisvorstand: 28. September, 18 Uhr, Geschäftsstelle Eberswalde, Kontakt: info@dielinke-barnim.de

Links-Eck Eberswalde: Heegermühler Str. 14, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-236987, Mail: eberswalde@dielinke-barnim.de

Bürgerzentrum Bernau: Berliner Str. 17, 16321 Bernau, Tel.: 03338-5881, Mail: bernau@dielinke-barnim.de

Regionalgruppe Cuba sí: E-Mail: bernau@cuba-si.org [***solid**]: E-Mail: solid-barnim@web.de

Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Sebastian Walter:

Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: buer.sebastian.walter@mdl.brandenburg.de, Mo: 9 bis 16 Uhr, Do: 10 bis 17 Uhr

Fraktionen und Ortsverbände in den Städten und Gemeinden:

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986 E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de. Die Kreistagsfraktion der LINKEN trifft sich zurzeit Online, 4. Oktober, 18 Uhr, Kreistag: 1. Dezember, 17 Uhr, Stadthalle Eberswalde

Eberswalde: Stadtvorstand, Kontakt: im Links-Eck Eberswalde, Heegermühler Straße 15.

Stadtfraktion: Sitzungen zurzeit nur Online. Anfragen bitte an Tel.: 03334-236987, E-Mail: Eberswalde-fraktion@dielinke-barnim.de; Stadtverordnetenversammlung: 26. Oktober, 18 Uhr, Stadthalle „Hufeisenfabrik, Am Alten Walzwerk 1, Eberswalde

Bernau bei Berlin: Stadtvorstand: 1. Montag im Monat, 18 Uhr im Bürgerzentrum Bernau;

Stadtfraktion: Sitzungen zurzeit nur Online, Kontakt per E-Mail: fraktion-bernau@dielinke-barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251; Stadtverordnetenversammlung: 30. September, 16 Uhr, Rathaus Bernau, Bürgermeisterstraße 1

Panketal: Ortsverband: Mail: panketal@dielinke-barnim.de; Fraktion, Kontakt: ines@pukall.eu, Fraktionssitzungen: 2. November, Rathaus Panketal, Schönower Str. 105, 16341 Panketal, Gemeindevertreterversammlung: 28. September, 19 Uhr, Rathaus Panketal

Wandlitz: Ortsverband: jeder 2. Mittwoch im Monat; Tel.: 0178-9700577; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de; Gemeindevertreterversammlung: 28. Oktober, Sport- und Mehrzweckhalle Wandlitz.

Werneuchen: Tel.: 0173-2478237; Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de;

Fraktionssitzung: Online: 26. Oktober; Stadtverordnetenversammlung: 28. Oktober, 19 Uhr, Adlersaal

Ahrensfelde: Tel.: 0173-2478237, Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de;

Fraktionssitzung: voraussichtlich online, Gemeindevertreterversammlung: 18. Oktober, 17 Uhr im Großen Saal des Ortsteilzentrums Ahrensfelde

Biesenthal: Ortsverband: Mail: biesenthal@dielinke-barnim.de; Fraktionssitzungen: Online,

Stadtverordnetenversammlung: 4. November, 19 Uhr, Grundschule am Pfefferberg, Bahnhofstraße 9-12

Schorfheide: Ortsverband: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Monis Mühlenbistro, Hauptstraße 129, 16244 Finowfurt, Gemeindevertreterversammlung: 24. November, 19 Uhr, Aula der Schule Finowfurt

Chorin: Gemeindevertretung: 30. September, 19 Uhr, Rathaus Britz, Saal

Impressum

Herausgeber:

Virtuelle AG Offene Worte
der LINKEN Barnim &
Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: DIE LINKE Barnim,
Heegermühler Straße 15,
16225 Eberswalde,
Tel.: 03334-22026,
Fax: 03334-385489

E-Mail:

offeneworte@dielinke-barnim.de

Redaktion: Petra Bochow (pb),
Berit Christoffers (bc), Birgit
Hoplitschek (hop), Klaus Kleinmann
(kk), Wolfgang Krafczyk (wk), Lutz
Kupitz (lk), Margitta Mächtig (mm),
Hans-Jürgen Müller (hjm), Sebastian
Walter (ViSDP/sw), Bärbel Mierau (bm),
Christel Zillmann (cz)

Druck: Druckerei Gottschalk

Auflage: 91.000

nächster Redaktionsschluss:

22. November

nächster Erscheinungstermin:

9. Dezember

Online-Ausgaben: mittwochs und sonntags auf www.dielinke-barnim.de

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingesandter Zuschriften und kann diese Sinn wärend kürzen.

download als pdf-Datei:

www.dielinke-barnim.de

alle archivierten Zei-

tungen vorhanden.

Direkt: QR-Code:



AWO-Pflegeheim: Wie geht es weiter?

Im Sommer mussten Bewohner:innen die Einrichtung der AWO „Am Weinberg“ in Bernau wegen Personalnotstand verlassen. DIE LINKE erkundigt sich.

Ende Juni mussten aufgrund von Personalmangel Bewohner:innen des AWO-Pflegeheimes „Am Weinberg“ die Einrichtung verlassen. Der Auszug geschah äußerst kurzfristig und stellte Bewohner:innen und deren Angehörige vor große Probleme. Angehörige hatten sich an die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung gewandt. Stadtverordneter Matthias Holz (DIE LINKE) blieb im Dauerkontakt und so kam es am 26. August zu einem gemeinsamen Gespräch über die aktuelle Situation zwischen Bewohner:innen, Angehörigen und Mitarbeiter:innen der AWO.

Häufiger Personalwechsel

Im Pavillon vor dem Altenpflegeheim konnte auch der Regen dem Bedürfnis nach Austausch nichts anhaben. Bevor es um die künftige Ausrichtung des Heimes ging, mussten allerdings erstmal die vergangenen Ereignisse aufgearbeitet werden. So kam Herr Abraham zu Wort: Er war 2007 in das Heim eingezogen und vom Konzept der Einrichtung total überzeugt gewesen. „Man hat dort gut gewohnt, gut gegessen, ich habe gern in der Einrichtung gelebt,“ so der ehemalige Bewohner des Heimes, der auch im Bewohnerschaftsrat aktiv war. Nach fast 14 Jahren war für ihn dann Schluss. Er hatte das Heim bereits im Winter verlassen. Grund war das ständig wechselnde Personal und die generelle Verschlechterung der Lebensumstände in der Einrichtung.

Mandy Kapler, die bei der AWO für das Qualitätsmanagement zuständig ist, möchte das so nicht stehen lassen. Dies sei ein „klassisches Problem in der Altenpflege. Im Schnitt hat das Personal nur eine Verweildauer von 2 bis 3 Jahren.“

Was es eigentlich bei den Angehörigen auslöst, wenn das Heim, dem man seine Eltern anvertraut, diese nicht mehr betreuen kann, will Matthias Holz von diesen wissen. „Das ist kein gutes Gefühl“, sagt Martin Lorenz. Er habe Angst um seine Mutter gehabt und der Vertrauensverlust gegenüber der AWO sei zu der Zeit groß gewesen. Auch dass dann alles so schnell ging, mit dem Auszug der anderen Bewohner:innen hätte ihn und seine Mutter verunsichert. Seine Mutter habe „gemerkt, dass etwas im Busch ist, aber man habe mit ihr nicht gesprochen“, kritisiert er das Vorgehen der AWO. Erst wenige Tage vor dem Auszug der Bewohner:innen wurden sie und ihre Angehörigen mit ins Boot geholt. Mandy Kapler kann den Unmut darüber verstehen, allerdings brauchte man erst Genehmigun-



Wie gehts weiter im Altenpflegeheim „Am Weinberg“ in Bernau? Ein guter Austausch zwischen Senior:innen, Angehörigen und Leitungspersonal der AWO, moderiert vom Stadtverordneten Matthias Holz (links). Fotos: bc



gen durch das aufsichtsführende Landesamt für Soziales und Versorgung, das „lange nicht reagiert“ habe.

Neues Modell

Inzwischen leben von den im Frühsommer noch gut 50 Bewohner:innen nur noch 17 in dieser Einrichtung. Wie sieht nun die Zukunft des Heimes aus? Das Hausgemeinschaftskonzept, in dem die Bewohner viele Dinge selbst machen konnten und sollten, war nicht mehr haltbar. Die Bewohner:innen „sind älter geworden, pflegebedürftiger,“ erklärte Christine Baatz, bei der AWO für die Unternehmensentwicklung zuständig, die Situation bis zum Juni. Nun werde man auf ein Wohngruppenkonzept setzen und zusätzlich eine ambulante Tagespflege im Haus einrichten. Damit könnten nach und nach insgesamt etwa 40 Plätze für Senior:innen angeboten werden.

Die klassische vollstationäre Pflege ist dies dann allerdings nicht mehr, sondern eine Mischung von teilstationären und ambulanten Angeboten. Ob dies eine bessere Alternative wird für die Bewohner:innen? Vielleicht vielfältiger? Vielleicht kostengünstiger für den Träger? Und was passiert, wenn der Pflegebedarf wieder steigt? Der Träger jedenfalls wird wechseln – allein als das Wort „Trägerwechsel“ fiel, zuckten Angehörige wie Senior:innen zusammen, konnten aber

beruhigt werden. „Sie werden im Alltag davon gar nichts merken“, meinte Mandy Kapler. Neuer Träger wird der AWO-Kreisverband Eberswalde.

Bezahlung der Beschäftigten

Welche Auswirkungen der Trägerwechsel für die Mitarbeiter:innen hat, wollte Stadtverordneter Matthias Holz wissen. Die Mitarbeiter:innen würden, wenn sie das wollen, vom neuen Träger übernommen werden. Holz hakt nach, ob die AWO denn nach Tarif bezahle. Frau Kapler bestätigt für den Kreisverband Bernau, dass bisher anlehnd an den Öffentlichen Dienst Tarif gezahlt wurde, erklärt aber, dass Eberswalde den landesweiten AWO-Tarif bezahle. Dieser liege unter dem Tarif des öffentlichen Dienstes, würde sich diesem aber annähern, umso länger ein Mitarbeiter bei der AWO bleibt. Könnte heißen: Erst kürzlich eingestellte Mitarbeiter:innen müssten mit Einbußen rechnen. Wie man so auf dem derzeitigen Arbeitsmarkt für Pflegekräfte neue Mitarbeiter:innen finden will, möchte Holz wissen. Die Frage wird nicht beantwortet, vielleicht kann sie auch an diesem Tisch nicht beantwortet werden. Frau Kapler erklärt aber, dass die bisherigen Mitarbeiter:innen die AWO nicht verlassen wollen. Sicher misst sich Arbeitszufriedenheit auch nicht allein am Geldbeutel.

Dennoch: Bereits im Januar 2020

wurden Eigenanteile für die Bewohner:innen „Am Weinberg“ stark erhöht, weil die Kosten für das Personal stiegen. Mit Sonderzahlungen sollte das dringend benötigte Personal gehalten werden. Ob diese Rechnung aktuell nun mit dem landesweiten Tarif der AWO aufgehen wird? Es bleibt ein Kreislauf: Pflegepersonal muss gut bezahlt werden. Aber schon vor knapp zwei Jahren wurde der Mehrbetrag für das Personal auf die Bewohner:innen umgelegt, da sich der Anteil der Pflegekasse an den Heimkosten nicht erhöhte. Nach damaligen AWO-Angaben lag der Eigenanteil bei 2.259 Euro monatlich. Wer diesen nicht aufbringen kann, kann ergänzende Sozialleistungen beantragen.

Während des Gesprächs wurden den Angehörigen und den Bewohner:innen viele Ängste genommen. Die Senior:innen erzählten wie gern sie im Heim bleiben wollen und sich kleine Verbesserungen im Alltag wünschen. Vieles wurde geklärt, was offenbar bisher noch nicht so klar kommuniziert worden war. So wird es umfangreiche Sanierungsarbeiten geben, die die Wohnqualität verbessern soll. Letztlich gingen alle in guter Stimmung auseinander.

„Wir als LINKE werden den Trägerwechsel und die Lebenssituation der Bewohner:innen weiter begleiten“, resümiert Stadtverordneter Matthias Holz die Veranstaltung. bc

Arm im Alter? Lieber nicht dran denken? Doch, müssen wir!

Nötig ist vor allem gut bezahlte Arbeit, die Gleichbehandlung von Ost und West und eine armutsfeste Mindestrente, die von einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung finanziert wird. Geht das? Eine Frage des Wollens, sagt DIE LINKE.

In Brandenburg ist die Angst vor Altersarmut größer als in jedem anderen Bundesland. Bereits heute erhält etwa die Hälfte der neuen Rentner:innen weniger als 1.000 Euro Altersrente. Besonders Frauen sind betroffen. 2018 erhielt knapp ein Drittel weniger als 750 Euro, weitere 28 Prozent zwischen 750 und 1.050 Euro Rente monatlich. Und: In Brandenburg leben die allermeisten Menschen von dieser, ihrer erarbeiteten, gesetzlichen Rente. Nur wenige Menschen, etwa 3 Prozent, können zusätzlich privat vorsorgen. Geringere Löhne und deutlich niedrigere Vermögen als in den Westbundesländern sorgen so auch im Alter für Armutgefährdung.

Nach einer großen Anfrage im

**Niels-Olaf Lüders, Bundestagskandidat der LINKEN:
„Die CDU hält zum Beispiel am bisherigen Rentenmodell fest.
Das zeigt, für wen sie Politik macht:
Für Menschen mit hohem Einkommen.“**

Brandenburger Landtag im April zur Situation der Rentner:innen in Brandenburg wollte DIE LINKE nun in der Landtagssitzung am 27. August erreichen, dass sich die Brandenburger Landesregierung für eine bessere Rente bundesweit einsetzt. In den einzelnen Bundesländern lässt sich dazu nichts gesondert regeln. Aber im föderalen System der Bundesrepublik ist es möglich, dass die Bundesländer

über den Bundesrat eigene Anträge stellen. DIE LINKE wollte also, dass die Brandenburger Landesregierung eine solche Bundsratsinitiative für eine bessere Rente startet. Die Kernpunkte sollten sein: Das Rentenniveau auf 53 Prozent des Bruttoeinkommens erhöhen, das würde dann den Lebensstandard sichern, die Regelaltersgrenze auf 65 herabsetzen, eine abschlagsfreie Rente nach 40 Beitragsjahren ab 60 ermöglichen und eine solidarische Mindestrente von 1.200 Euro netto im Monat einkommens- und vermögensgeprüft sowie steuerfinanziert. Dies alles und weitere Details soll sich über eine solidarische Erwerbstätigenversicherung finanzieren, in die alle einzahlen.

Leider hat der Brandenburger Landtag dies abgelehnt. Damit wurde erneut eine Chance vertan, auch die Landesregierung zu mehr Engagement in dieser Frage aufzufordern. Denn in Brandenburg leben derzeit rund 25.000 Rentner:innen von Grundsicherung. Das heißt, sie erhalten ergänzend zu ihrer Rente Sozialleistungen, um insgesamt Miete und den Hartz-IV-Regelsatz zum Le-

ben zu haben. Nach Schätzungen des Brandenburger Sozialministeriums könnten noch einmal so viele Rentner:innen hinzukommen – sie stellen jedoch gar keinen Antrag, weil sie sich schämen, so arm zu sein oder weil sie gar nicht wissen, dass ihnen ergänzend Sozialleistungen zustehen.

Wie hoch die Gefahr von Armut im Alter ist, das hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) in einer Broschüre „Mythen und Fakten zur Rentenpolitik“ zusammengestellt. In der Broschüre wird unter anderem beschrieben, dass bereits heute knapp 20 Prozent der Rentner:innen arm sind, also jede:r Fünfte. Um das zu ermitteln war jedoch eine statistische Sonderauswertung nötig, die vom Rentenpolitiker der Bundestagsfraktion der LINKEN, Matthias W. Birkwald, in Auftrag gegeben wurde. Denn regelmäßig abgefragt wird dies nicht, auch das ist ein Problem: Die tatsächliche Lage von Rentner:innen wird nicht deutlich. Armutsforscher Christoph Butterwegge geht aber davon aus, so wird es in der Broschüre der RLS zitiert, dass der Anteil der ärmeren Rentner:innen in Zukunft noch deutlich steigen wird.

Die Demontage der Rente war

**Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Landtag:
Wir können uns nur gemeinsam mit allen linken Kräften für
eine solidarische Erwerbstätigenversicherung und eine
armutsfeste Mindestrente einsetzen.**

zusammen mit den Arbeitsmarktformen politisch gewollt, heißt es in der Broschüre der RLS. In die gleiche Richtung argumentierte auch Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag, am 27. August: „SPD, CDU und Grüne haben die Situation in den letzten Jahren mit herbeigeführt mit der Rentensur: Absenkung des Rentenniveaus, Rentenreformen, Erhöhung des Renteneintrittsalters.“

Mit der Bundestagswahl lässt sich jedoch etwas ändern: Ein Rot-Rot-Grünes Bündnis könnte ganz andere Schwerpunkte setzen, auch in der Rentenpolitik. „Zum Beispiel ist das Modell der privaten Altersvorsorge gescheitert“, erläutert Rechtsanwalt Niels-Olaf Lüders, Bundestagskandidat der LINKEN im Wahlkreis 59

Walter (LINKE) die Situation. „Wenn alles bleibt wie es jetzt ist, wird das Rentenniveau weiter sinken. Es könnte bis 2045 bei nicht einmal 42 Prozent des Bruttoeinkommens angelangt sein. Und vielleicht auch nur, wenn man bis 70 am Arbeitsplatz durchhält, wie es manche schon fordern“, regt sich Walter über die aktuelle Entwicklung auf. „Deshalb: Abhilfe können wir gemeinsam mit allen Kräften schaffen, die sich für eine solidarische Erwerbstätigenversicherung und eine armutsfeste Mindestrente einsetzen.“

Die Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Rentenpolitik als Download: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_18_Altersarmut.pdf oder direkt:



Immer im Gespräch: Bundestagskandidat Niels-Olaf Lüders (links) mit Dagmar Enkelmann am 28. August bei Friedensfest in Strausberg: „Ein Rot-Rot-Grünes Bündnis könnte ganz andere Schwerpunkte setzen.“

Foto: Maria Dusterhöft

Überholen ohne einzuholen?

Corona trifft Schüler:innen und Lehrer:innen schwer. Das wird nur besser, wenn alle am gleichen Strang ziehen: Bund, Land, Kommunen

Neue Konzepte sind nötig: Länger zusammen lernen, mehr Lehrer:innen, mehr Chancen für alle Schüler:innen, besseres BaföG für Studenten und Azubis.



LINKE im Team: Isabelle Czok-Alm bringt kommunale Erfahrung mit, Ralf Christoffers kennt sich mit der Landesebene aus und insgesamt soll eine bessere Bundespolitik bei herauskommen. Foto: JAC

Bei kaum einem anderen Thema ist die Verbindung zwischen Bundesebene und unseren Problemen vor Ort so offensichtlich wie bei der Schulpolitik. Die Corona-Krise hat den Digitalpakt hervorgebracht. Mit ihm sollen Laptops und schnelles Wlan in die Schulen kommen, Lehrer:innen in digitalen Medien geschult werden. Das Geld hat die Bundesregierung zur Verfügung gestellt, verteilt wird es über die Bundesländer, weil „Schule“ sich in ihrer Hoheit befindet und ausbaden müssen wir es letztlich vor Ort: Was kommt an? Was wird gerecht verteilt oder ist einem Bürokratiemonster zum Opfer gefallen? Gerade darin scheint Brandenburg in der Krise Weltmeister werden zu wollen: Schulleitungen und Lehrkräfte werden mit Controlling überlastet, Termine gesetzt zwischen Freitagabend und Montagmorgen, die kaum zu halten sind und zu Frust bei den Mitarbeiter:innen führen. Hinten runter fällt dabei: Das Lernen und den sozialen Zusammenhalt zu organisieren.

So schön wie es klingt, dass auf einmal Millionen bundesweit für eine

bessere Ausstattung der Schulen zur Verfügung stehen sollen. Die eigentlichen Schwächen bleiben bestehen: In Brandenburg gibt es seit August, dem neuen Schuljahr, wieder mehr Schüler:innen als im Jahr zuvor, die Klassen sind größer und spürbar mehr Lehrer:innen gibt es nicht. Statt dessen setzt man in Brandenburg auf ein „Aufholprogramm“ für zwei Jahre, in denen man zusätzliches Personal einstellen will. Keine gute Lösung: Welche Fachkraft unterschreibt hier einen Zweijahresvertrag, während andere Bundesländer unbefristet einstellen?

Gleiches gilt für das so genannte Corona-Aufholprogramm: Der Bund stellt Geld zur Verfügung, aber Brandenburg glänzt durch Ideenlosigkeit: Wer soll für die individuelle Förderung sorgen? Wer soll ab Oktober die Angebote machen? Schon in den Sommerferien war das Konzept (nicht die einzelnen Angebote der Träger!) gefloppt: Zu viel Bürokratie, zu wenig Möglichkeiten, dass sich Vereine, Verbände oder einfach auch Einzelpersonen einbringen können.

Viele öffentliche Leistungen sind

in den letzten 20 Jahren kaputtgespart worden. Dafür ist kein Geld da? Doch ist es, die Corona-Pandemie zeigt, welche finanziellen Möglichkeiten der Staat hat, wenn er entsprechende Schwerpunkte setzt. Und es lassen sich auch weitere Geldquellen erschließen, zum Beispiel durch die Besteuerung hoher Vermögen und Erbschaften. Mit den Einnahmen können Schulen modernisiert, Krankenhäusern erhalten und bezahlbare Wohnungen in öffentlichem Eigentum geschaffen werden. Das ist eine Frage des Willens. Meistgehörte Antwort auf die Frage „Was braucht Ihr? Was brauchen die Kinder?“ in Gesprächen mit Lehrer:innen und in einer Online-Diskussion mit den Kita-Fachverbänden: Hört uns doch einfach mal an! Bezieht uns ein! Da bin ich als Erzieherin einen Schritt voraus: Ich weiß, wo die Probleme liegen. Ich erfahre es täglich selbst.

Auch in der Gemeinde: Eigentlich hatten wir geplant, uns zur Schulentwicklung in Wandlitz auszutauschen. Zuerst ging es bei einer Diskussion am 25. August darum, dass die Mehrheit des Ortsbeirates in Klosterfelde die Oberschule erhalten will und eine Vergrößerung der Grundschule nötig werden wird. Dann meldete sich Bürgermeister Oliver Borchert zu Wort: Er erklärte, dass der Landkreis Vorgaben für die Errichtung einer weiterführenden Schule macht: Standort Basdorf, keine Gesamtschule, mindestens 5-zügig. Die Gemeinde müsse sich schnell entscheiden, sonst könnte eventuell eine andere Gemeinde den Zuschlag für einen Schulneubau erteilen.



Diese Aussagen waren allen neu und meine Nachfragen nach der Veranstaltung ergaben, dass diese auch woanders unbekannt sind: Hier fängt Politik vor Ort an: Sich nicht überfahren lassen, sich weiter erkundigen und zur Meinungsbildung beitragen. Ich werde dran bleiben, denn ich will, dass wir gute Entscheidungen treffen, vor Ort genauso wie im Bund. Dafür trete ich zur Bundestagswahl an:

Ich bin Isabelle Czok-Alm, 48 Jahre alt, Erzieherin, Gemeindevertreterin in Wandlitz, im Ortsbeirat Klosterfelde und mich können Sie am 26. September für die LINKE in den Bundestag wählen.

Nicole Gohlke

BAföG wird 50:
Wir brauchen eine BAföG-Revolution für Bildungsgerechtigkeit!

„Studierende werden in unsichere Nebenjobs und belastende Verschuldung getrieben. Bei vielen werden die Ausbildungszeiten länger oder der Schuldenberg größer“, erklärt Nicole Gohlke, Bundestagsabgeordnete der LINKEN. Selbst in der Coronakrise ist die Förderquote weiter gesunken. Die soziale Schere an den Hochschulen müsse geschlossen werden, sagt DIE LINKE. Nur 27 Prozent Jugendliche aus Nicht-Akademikerfamilien studieren. Mehr Erstsemester aus Familien mit mittleren Einkommen sollen deshalb nach Auffassung der LINKEN in den BAföG-Bezug kommen. Dafür gilt: Die Einkommensgrenzen der Eltern müssen um mindestens 10 Prozent angehoben werden, der Darlehnsanteil rückzahlungsfrei werden. Und: Das BAföG muss zum Leben und Wohnen reichen. *red*

Für Bildung und Soziales: Vermögensteuer. Jetzt! DIE LINKE.

Arm oder reich? Daran kann man nichts ändern? Doch kann man!

Mit CDU und vor allem FDP verstärkt sich die Kluft zwischen Arm und Reich.

DIE LINKE würde für konsequente Entlastung bei geringen und mittleren Einkommen sorgen.

Keine Partei steht für so viel Entlastung bei mittleren und kleinen Einkommen wie DIE LINKE. Das bestätigen mehrere unabhängige Gremien wie zum Beispiel das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Mit dem Einkommensteuermmodell, das DIE LINKE gern einführen würde, zahlen alle weniger Steuern, die bis zu 6.500 Euro brutto im Monat verdienen. Besondere Entlastung gibt es dazu noch für Familien mit Kindern. Im Gegensatz dazu würden die Steuer- und Sozialpläne von CDU und FDP vor allem Gutverdiener entlasten, die Mehrheit der Gesellschaft jedoch nicht.

In den letzten Jahren hat sich zwar etwas getan zu Gunsten von Alleinerziehenden und Familien mit Kindern: Der Unterhaltsvorschuss wurde neu gestaltet, das Kindergeld etwas erhöht – aber eine durchgreifende Änderung ist dies bisher nicht gewesen, eher ein Rumgedoktere an den rechtlichen Regelungen, die es schon gibt. Und davon gibt es leider so viel, dass oft auch Zuschüsse von Familien oder

Alleinerziehenden gar nicht beantragt werden, weil sie sie nicht kennen oder das Procedere viel zu kompliziert ist.

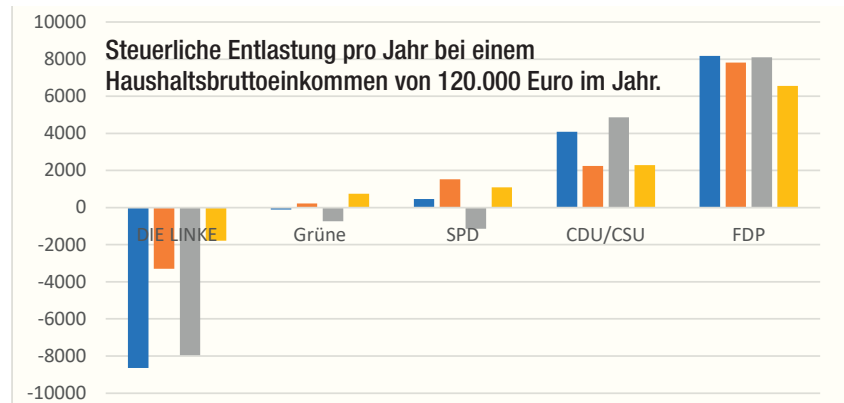
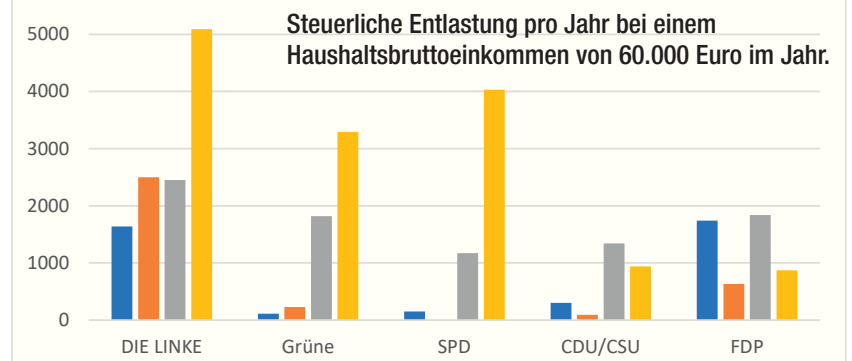
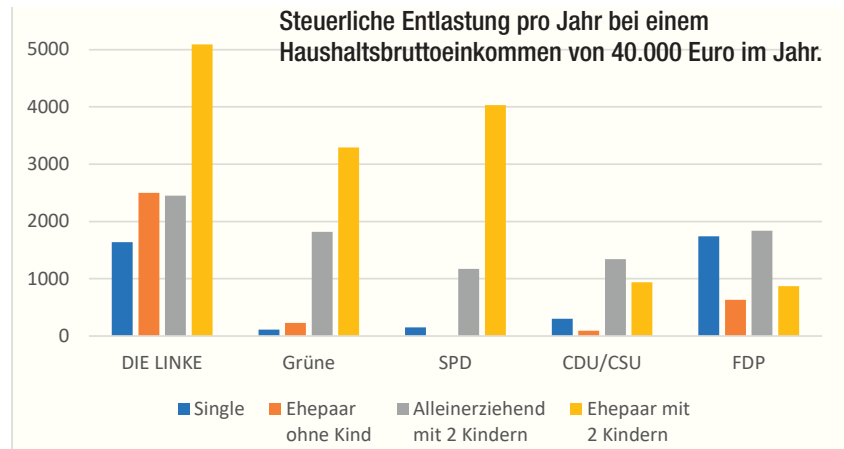
Es geht also darum, wo die Parteien ihre Schwerpunkte legen: Einkommensteuer, Kindergrundsicherung – das ZEW hat einmal zusammenge-rechnet, was bei allen Parteien dabei heraus kommt. Die nebenstehenden Diagramme zeigen das Ergebnis, berechnet jeweils für ein Haushaltsbruttoeinkommen von 40.000, 60.000 oder 120.000 Euro im Jahr, jeweils für Single, Ehepaar ohne Kind, Alleinerziehend mit 2 Kindern oder Ehepaar mit 2 Kindern.

Das Ergebnis: Die FDP tut am meisten für Singles, bei der CDU gibt es keine klare Linie – auch nicht die propagierte, dass man mehr für die Familien tun will. LINKE, SPD und Grüne wollen am meisten für Familien tun. DIE LINKE davon am konsequentesten, auch, weil die Finanzierung über eine höhere Spitzen- und Vermögenssteuer erfolgen soll (siehe unten).

OW-Zusammenstellung

Was kommt bei raus?

Steuerkonzepte der Parteien im Vergleich



Quelle: Beispielhafte Berechnung durch das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, veröffentlicht in: Süddeutsche Zeitung. Bearbeitung, Grafiken: OW.

„Enorme Vermögenskonzentration bedroht die Demokratie“

2.900 Ultrareichen in Deutschland gehören 20 Prozent des Gesamtvermögens. Unter Ultrareiche versteht man laut Boston Consulting Group Menschen mit einem persönlichen Finanzvermögen von mehr als 100 Millionen US-Dollar. Sie haben investierbares Vermögen von über 1,4 Billionen US-Dollar. „Gleichzeitig über 13 Millionen Menschen in Armut. Ergebnis einer abartig unsozialen Politik von Schröder und Merkel in den letzten 20 Jahren. Es ist Zeit, für die Millionen Politik zu machen statt für die Millionäre“, kritisierte die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Amira Mohamed Ali im Sommer.

„Enorme Vermögenskonzentration bedroht die Demokratie und un-

tergräbt das Leistungsprinzip. Wirtschaftliche Macht schafft politische Macht. Oligarchen gibt es nicht nur in Russland“, warnt Fabio De Masi, der ebenfalls für DIE LINKE im Bundestag sitzt und als weit über das Umfeld der LINKEN hinaus anerkannter Finanzspezialist das durchgerechnete Finanzkonzept der LINKEN zur Bundestagswahl entwickelt hat (siehe oben). „Warum sollen Krankenpfleger und Paketboten die jetzige Krise bezahlen, wenn andere es nicht mal merken würden? Während Union und FDP eine gerechte Besteuerung von Reichtum bekriegen, geht die Enteignung der Bevölkerungsmehrheit weiter. Deshalb: Vermögensabgabe und Vermögenssteuer jetzt“, fordert Jan Korte. *ig*



Die Ultrareichen in Deutschland verfügen über investierbares Vermögen von über 1,4 Billionen US-Dollar.*

Vermögensabgabe und Vermögenssteuer jetzt!

* Quelle: Boston Consulting Group

Andere Parteien fordern von der LINKEN Bekenntnisse. Kein Problem.

Sofortprogramm der LINKEN für einen Politikwechsel: Es geht um eine Richtungsentscheidung. DIE LINKE oder Lindner? Wer macht künftig Druck auf SPD und Grüne?

Gute Arbeit und faire Löhne:

Erster Schritt: Gesetzlichen Mindestlohn erhöhen. Der Vorschlag der LINKEN: 13 Euro. Darunter ist Altersarmut vorprogrammiert. Der Bund würde 10 Milliarden Euro pro Jahr sparen. Wir beenden sachgrundlose Befristungen. Wir wandeln Minijobs in sozialversicherte Arbeit um. Leiharbeiter:innen sollen ab dem ersten Tag gleiche Löhne wie Festangestellte erhalten. Wir stärken die Tarifbindung.

Normalverdienende entlasten:

Ziel der LINKEN ist ein Mindesteinkommen statt Hartz-IV. Erste Schritte: Regelsätze kräftig erhöhen, die Sanktionen im Hartz-System stoppen und Kosten der Unterkunft und Heizung realistisch übernehmen. Ziel ist außerdem eine Kindergrundsicherung (von 328 bis 630 Euro, abhängig vom Einkommen der Eltern).

Mehrheit entlasten, Reichtum gerechter verteilen:

Erste Schritte: Niedrige und mittlere Einkommen bei der Einkommenssteuer entlasten (siehe Seite 7), das sind rund 100 Euro Entlastung im Monat für Durchschnittsverdiener, Strompreise senken (durch Reformen bei der Stromsteuer und EEG-Umlage). Und: Mobilitätsgeld für Pendler:innen.

Endlich 100 Prozent Einheit!

Erste Schritte: Die seit vielen Jahren versprochene Rentenangleichung ab 2022. Damit es nicht zu Rentenkürzungen für ostdeutsche Beschäftigte kommt, muss die Umrechnung der strukturell niedrigeren Ostlöhne in der Rente bestehen bleiben, bis die Lohnlücke weitgehend geschlossen ist. DIE LINKE will die Ostlöhne bis 2025 zu 100 Prozent angleichen.

Sozial-ökologische Investitionen statt Schuldenbremse:

Erste Schritte: Mehr Gestaltungsspielräume für Bildung, Gesundheitsversorgung, bezahlbares Wohnen, Energiewende und Mobilität durch bessere Kreditfinanzierungen. Für Kommunen muss die Entlastung durch einen Altschuldenfonds erfolgen. Investitionen sind nötig in den Ausbau der Bahn und des öffentlichen Personennahverkehrs, in mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen.



Dietmar Bartsch, Spitzenkandidat der LINKEN:

„Sowohl die SPD als auch die Grünen schließen ein Bündnis mit der LINKEN nach der Bundestagswahl nicht aus. Wir begrüßen das sehr. In Thüringen, Berlin und Bremen sehen wir, dass ein solches Mitte-Links-Bündnis gut funktioniert und der Mehrheit der Menschen etwas bringt. SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz verspricht im Wahlkampf eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro und eine stärkere Besteuerung der Superreichen, der großen Vermögen. Diese Ziele wird er mit Christian Lindners FDP nicht erreichen, sondern nur mit der LINKEN. LINKE oder Lindner? ... Die Wähler geben die Antwort.“ (Quelle: Superillu)

Für ein krisenfestes Gesundheitssystem

Erste Schritte: Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sollen 500 Euro mehr pro Monat bekommen. DIE LINKE will eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive für 100.000 zusätzliche Pflegekräfte. Das System der Fallpauschalen soll beenden und die Finanzierung am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet werden.

Für eine soziale Wohnungspolitik

Erste Schritte: Steigende Mieten durch ein schnelles Mietmoratorium stoppen und einen Mietendeckel in allen Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt einführen. Dazu kommt ein Programm für dauerhaft bezahlbare Wohnungen in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand auf. Bodenspekulationen sollen durch ein Bodensicherungsgesetz und ein Vorkaufrechts der Kommunen eingeschränkt werden.

Für eine neue Friedensordnung

Erste Schritte: Zehn Milliarden Euro/Jahr in Bildungsinvestitionen statt in Aufrüstung stecken.

Rüstungsexporte in Krisengebiete stoppen und SPD und Grüne beim Wort nehmen, die Auslandseinsätze der Bundeswehr auf den Prüfstand zu stellen. Zuwendungen gegenüber den UN-Hilfswerken erhöhen. Deutschland wird endlich dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.

Ein Land für alle, die hier sind

Erste Schritte: DIE LINKE will das Asylrecht stärken und Kommunen unterstützen, die Geflüchtete aufnehmen wollen.

OW hat Ausschnitte aus dem Sofortprogramm der LINKEN zusammengestellt.

Das gesamte Programm finden Sie hier:

<https://www.die-linke.de/start/detail/sozial-und-klimagerecht-wir-machen-das/>



oder direkt:



Isabelle Czok-Alm und Niels-Olaf Lüders, Kandidaten der LINKEN für den Bundestag:

Deutschland ist bei Waffenexporten die Nummer vier unter den weltweit führenden Ländern. Die Bundesregierung hat allein in den vergangenen vier Jahren Waffenexporte für 22,5 Milliarden Euro genehmigt. Mit vielen dieser Waffen wird in Kriegs- und Krisengebieten getötet. „Wir brauchen einen Stopp der Waffenexporte,“ erklären die beiden Bundestagskandidaten der LINKEN, Niels-Olaf Lüders (Wahlkreis 59) und Isabelle Czok-Alm (Wahlkreis 57). „Dies wäre wenigstens ein erstes Zeichen an die Menschen in Krisengebieten“, so die beiden LINKEN übereinstimmend. Fotos: rc, LINKE



Frauen-
geschichte(n)
Dora Schaul



September

Von Gisela Zimmermann

Dora Schaul wurde am 21. September 1913 in Berlin als Tochter des jüdischen Kaufmanns Davidsohn geboren. Nach dem Besuch der Handelsschule arbeitete sie als kaufmännische Angestellte, bevor sie 1933 vor den Verfolgungen der Nazis nach Holland und später nach Frankreich emigrierte. Ihre Eltern und ihre Schwester hofften auf ein schnelles Ende der Naziherrschaft und blieben in Deutschland, von wo sie 1942 nach Lublin-Majdanek deportiert und ermordet wurden. In Holland lernte Dora ihren späteren Ehemann Alfred Benjamin kennen, der sie für den Widerstand gewann. Die beiden wurden ein Paar. Während ihrer Internierung heirateten sie. Im Juli 1942 konnte sie fliehen. Ihr Mann verunglückte tödlich auf der Flucht. Dora Benjamin schloss sich der Résistance an. Mit falschen Papieren gelang es ihr, als Elsässerin in deutschen Behörden wichtige Informationen für die Résistance zu beschaffen. Besondere Unruhe unter den Gestapoleuten erzeugten ihre Listen mit Namen von Mitarbeitern der Gestapo, die von der BBC öffentlich verlesen wurden. Hier tauchte auch erstmalig der Name von Klaus Barbie, dem „Schlächter von Lyon“, auf. 1946 kam sie nach Deutschland zurück, lernte den Juristen Hans Schaul kennen und heiratete ihn. Vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen widmete sich Dora der Vermittlung des antifaschistischen Widerstandes in der Emigration, veröffentlichte Aufsätze und Bücher und leistete Aufklärungsarbeit an Schulen. Dank ihres persönlichen Engagements konnte 1995 die Wanderausstellung „Deutsche in der Résistance“ erarbeitet werden. Am 8. August 1999 starb Dora Schaul in Berlin. Sie wurde in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt. Am Haus Dammweg 73 in Berlin-Plänterwald erinnert eine Gedenktafel an sie und in Brens, wo sie interniert war, wurde eine Straße nach ihr benannt.

Es ist gut, wenn Sie für einen Wechsel stimmen.
Aber eine wirklich Rot-Rot-Grüne Politik gibt es nur,
wenn auch DIE LINKE stark im Bundestag vertreten ist.
Sowohl prozentual als auch inhaltlich.
Wählen Sie Liste 4: Beide Stimmen für DIE LINKE am 26. September!

Stimmzettel
für die Wahl zum Deutschen Bundestag
im Wahlkreis 57 Uckermark – Barnim I
am 26. September 2021

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten
 hier 1 Stimme für die Wahl einer Landesliste (Partei) - maßgebende Stimme für die Verteilung der Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien -

Erststimme		Zweitstimme	
1	Koepen, Jens CDU Mitglied des Bundestages Berthold Meyerburg	<input type="checkbox"/>	Christlich Demokratische Union Deutschlands
2	Gnauck, Hannes AfD Soldat auf Zeit Uckerfelde	<input type="checkbox"/>	Alternative für Deutschland
3	Zierke, Stefan SPD Tierfarmtechniker, Mitglied des Bundestages Prenzlau	<input type="checkbox"/>	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
4	Czok-Alm, Isabelle DIE LINKE Erzieherin Wanditz	<input checked="" type="checkbox"/>	DIE LINKE

Stimmzettel
für die Wahl zum Deutschen Bundestag
im Wahlkreis 59 Märkisch-Oderland – Barnim II
am 26. September 2021

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten
 hier 1 Stimme für die Wahl einer Landesliste (Partei) - maßgebende Stimme für die Verteilung der Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien -

Erststimme		Zweitstimme	
1	Dr. med. vet. Buder, Sabine CDU Tierärztin Brenthel	<input type="checkbox"/>	Christlich Demokratische Union Deutschlands
2	Günther, Lars AfD Immobilienkaufmann Bad Freienwalde (Oder)	<input type="checkbox"/>	Alternative für Deutschland
3	Kob, Simona SPD Lehrerin Pretzel	<input type="checkbox"/>	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
4	Lüders, Niels-Olaf DIE LINKE Rechtsanwalt Strausberg	<input checked="" type="checkbox"/>	DIE LINKE

Preisrätsel Gewinnerin der Augustausgabe: 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“ geht an: E. Delinsky, Joachimsthal, das Lösungswort lautete: DIE LINKE. Lösungswort dieser Ausgabe: Die grau unterlegten Felder benennen einen zutiefst menschlichen Wunsch; bis zum 20. Oktober 2021 an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; Preis dieser Ausgabe: 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Waagrecht: 1. Wortteil, 5. Hauptstadt Lettlands, 9. sächs. Kreisstadt bei Dresden, 10. Festkleidung, 11. zykl. Zwischenprodukte in der Chemie, 12. dt. Popsängerin, 13. dt. Rechenmeister (1492 bis 1559), 16. Ziergefäß, 19. dt. Wirtschaftsforschungsinstitut (Abk.), 20. eine der Weltreligionen, 22. Stadt am Rand d. Spreewaldes, 23. Ureinwohner der Philippinen, 25. weibl. Wassergeist, 26. Begrenzung, 28. ehem. span. Währungseinheit, 30. Felsbrocken, 32. Buch d. dt. Rechtschreibung, 33. Titelfigur einer Defa-Komödie, großer Publikumserfolg (1978), 35. Leistungskategorie im Hotelgewerbe, 38. Teil einer Uhr, 39. Naturwissenschaft, 40. altertüml., 44. dt. Journalist u. Schriftsteller (geb. 1962), 46. Werkzeug, 49. ein Wollgewebe, 50. Titelgestalt b. Tolstoi, 53. Metallstift, 54. Staat d. USA, 55. durchsichtiges Gewebe, 57. Unfug, 60. radioaktives chem. Element, 62. best. Artikel, 63. landessprachl.: Irland, 65. engl. Adelstitel, 66. erdgeschichtl. Formation, 68. älterer Bruder d. Moses im Alten Test., 69. Wurzelgemüse, 70. Entschlackungskur, 71. freundlich, 72. ein Kartenspiel

Senkrecht: 1. Mindestanforderung, 2. Utensil bildender Künstler, 3. Ruheständler, 4. hellster Stern im Orion, 5. nord. Hirsch, 6. weibl. Vorname, 7. Gattung d. Spargelgewächse, 8. synthet. Kunststoff, 14. Nebenfluss d. Donau, 15. Fluss in Bosnien-Herzegowina, 17. Provinz und Region in Chile, 18. zum christl. Herrscher konvertierter König von Axum (4. Jh., Ostafrika), 21. Habichtart, 22. eine Seuche, 24. Gruppe im Periodensyst. d. Elemente, 27. Sinnesorgan (Mz.), 29. griech. Buchstabe, 31. Duldsamkeit, 34. Benutzername im Internet, 35. altes Apothekergewicht, 36. Hinweis, Tipp, 37. Milchtier, 41. autonomer Bezirk d. Tibet in Sichuan, 42. Nebenfluss d. Donau, 43. inneres Organ, 44. wohlriechender Duft, 45. Gewürz- und Heilpflanze, 47. Unterer, 48. lokales Netzwerk, 51. Sinnesorgan, 52. Gallert aus ostasiat. Algen, 56. Gebäckträger in Form einer Männerfigur, 58. Großkatze, 59. chem. Element, Halbmetall, 61. Verwandte, 64. Seidengewebe, 67. Rundfunkempfangsanlage (Abk.)

